



Gemeinsam mit uns

Frank Uhland

CDU Sankt Augustin

AK Soziale Marktwirtschaft

An die
Generalsekretärin der CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

15. November 2018

Anregungen zum Antrag „Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ zum Bundesparteitag am 7./8. Dezember 2018 und der weiteren Grundsatzdiskussion

Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer,

unser Arbeitskreis „Soziale Marktwirtschaft“ hat in unserem Stadtverband das o.a. Papier diskutiert und folgende Anregungen dazu erarbeitet.

Wir wissen, dass dies kein offizieller Änderungsantrag mehr sein kann, möchten Sie aber bei der Formulierung dieses Antrages dennoch unterstützen und uns so an der Grundsatzdiskussion beteiligen.

Hier unsere Anregungen:

Der Staat als wirtschaftlicher Akteur

An die Stelle der Zeilen 179 ff. soll der folgende Text treten:

Als wirtschaftlicher Akteur hat der Staat eine Rolle zu spielen, wenn es um die öffentliche Daseinsvorsorge geht. Gründe des Gemeinwohls erfordern eine unternehmerische Betätigung oder Beteiligung der öffentlichen Hand. Die neoliberale Ideologie „Privat vor Staat“ als ein generelles Leitprinzip ist nicht Soziale Marktwirtschaft und nicht Haltung der CDU. Dem Staat – ob als Gemeinde, Kreis, Land oder Bund – obliegen Tätigkeit- oder Versorgungsbereiche wie zum Beispiel die Wasserversorgung und die Abfallentsorgung.

Einen bedeutenden Anteil muss die öffentliche Hand in den Bereichen Energieversorgung, Personenverkehr, Kommunikation, Sicherheit und Gesundheit haben. In diesen Feldern kann Wettbewerb zwischen Privaten und dem Staat dem Ergebnis dienen und damit den Menschen.

Wohlstand für Alle

Im Bereich der Zeilen 355 sollte eingefügt werden:

Wohlstand für alle heißt, dass sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmen am Wirtschaftswachstum teilhaben. Die Wohlstandsmehrung ist in den letzten Jahrzehnten in nicht ausgewogener Weise verstärkt den Anteilseignern und Vermögenden zugeflossen. Die Mittelschicht schwindet, von vielen Menschen in unserem Land wird eine Gerechtigkeitslücke empfunden, Angst vor Altersarmut breitet sich aus. Es muss als Grundprinzip gelten, dass jeder von einem normalen Einkommen menschenwürdig und gut leben kann ohne dass staatliche Zahlungen irgendwelcher Art nötig sein dürfen. Dies muss in der Folge auch dazu führen, dass jeder von einer normalen Rente menschenwürdig und gut im Alter leben kann, ohne dass es staatlicher Zusatzzahlungen irgendwelcher Art bedarf.

Problemfeld Beruf und Familie

Es fehlt noch ein Kapitel „Familie und Beruf“.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein letztlich immer noch ungelöstes Problem, das insbesondere Mütter, aber keineswegs nur sie, als schwerwiegend empfinden. Die Haltung christlich-demokratischer Politik ist klar: Alle unterschiedlichen Lebensmodelle für Mütter und Väter in Bezug auf die persönliche Priorität von entweder Familie oder Beruf, zeitweilig oder dauerhaft, sind die Entscheidungen der einzelnen Menschen; sie sollen gesellschaftlich nicht positiv oder negativ gewertet werden, und müssen von der Gesetzgebung und von allem staatlichen Handeln ermöglicht, erleichtert und gefördert werden.

Digitalisierung

Nach der Zeile 61 soll eingefügt werden:

Die Digitalisierung wird die Soziale Marktwirtschaft vor ganz besondere Herausforderungen stellen.

Denn die Weiterentwicklungen in der Biotechnik und vernetzten Informationstechnik werden unsere Bildungspolitik, Ordnungspolitik, Arbeitspolitik und Versorgungssysteme stark beeinflussen.

Damit Werte Freiheit, Solidarität und Eigenverantwortung und die wichtigen Bausteine der sozialen Marktwirtschaft wie z.B. sichere Arbeitsplätze, Versorgungssysteme und Gesundheits- und Pflegeversorgung auch in Zukunft Bestand haben, wird die CDU mit Experten

aus Wissenschaft, Pädagogik, Wirtschaft, Philosophie, Sozialwesen Zukunftsszenarien analysieren, bewerten und politische Entscheidungen davon ableiten.
Wir wollen die Zukunft unserer Gesellschaft auch in einer digitalen Welt politisch gestalten und nicht fremdbestimmen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Uhland', written in a cursive style.

Frank Uhland
(Vorsitzender der CDU Sankt Augustin)